

AUS DER SESSION



Änderung des Sanktionenrechts

Geldstrafen können weiterhin bedingt ausgesprochen werden. Sie werden bloss etwas zurückgedrängt, indem sie nur bis höchstens sechs Monate ausgesprochen werden können. Auch kurze Freiheitsstrafen gibt es wieder, Geldstrafen haben aber weiterhin Vorrang. Dies sind die Eckwerte der Revision des Sanktionenrechts, die das Parlament wegen öffentlicher Kritik in Auftrag gegeben hatte. Der Nationalrat hat nun in den noch umstrittenen Punkten gegenüber dem Ständerat nachgegeben.

Christine Häslar vereidigt

Im Nationalrat ist Christine Häslar (gp., Bern) vereidigt worden. Sie ersetzt Alec von Graffenried, der zurückgetreten ist. Die Berner Oberländerin leitet die Kommunikation bei den Kraftwerken Oberhasli (KWO). Seit 2002 politisiert sie im Berner Kantonsparlament. Die Grünen hatten Häslar bereits letzten Herbst als Ständeratskandidatin nominiert.

Nachtragskredite aufgestockt

Der Ständerat hat die Staatsrechnung 2014 einstimmig genehmigt. Zudem hat er die Nachtragskredite für 2015 aufgestockt. Der Nachtragskredit für Jugend und Sport (J+S) soll um 5 Millionen auf 17 Millionen Franken erhöht werden, derjenige für die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte um 5,6 Millionen auf 25,6 Millionen Franken. Insgesamt beantragte der Bundesrat Nachtragskredite von 105 Millionen Franken.

Vereinheitlichung im Inkassowesen

Inkassobüros und andere gewerbsmässige Gläubigervertreter sollen in allen Kantonen die gleichen Regeln antreffen. Das hat der Nationalrat beschlossen. Heute können die Kantone die Bedingungen für die gewerbsmässige Vertretung festlegen. Um bürokratische Hindernisse zu beseitigen, schlug der Bundesrat vor, dass alle handlungsfähigen Personen zur gewerbsmässigen Vertretung im Zwangsvollstreckungsverfahren zugelassen werden sollen.

Fifa-Skandal als Chance

Aussenminister Didier Burkhalter sieht die Vorgänge rund um die Fifa auch als Chance. Die Schweiz könne zeigen, dass ihre Institutionen funktionierten, sagte er im Nationalrat bei der Beratung des bundesrätlichen Geschäftsberichtes. Sportminister Ueli Maurer stellte ferner fest, dass die Schweiz als Sitzstaat vieler grosser Sportorganisationen eine entsprechende Verantwortung habe. Diese nehme sie auch wahr.

Bundesgericht mit rückläufiger Last

Der Nationalrat hat den Geschäftsbericht des Bundesgerichts 2014 genehmigt. Die Geschäftslast des Bundesgerichts ist 2014 leicht zurückgegangen, bewegt sich aber immer noch auf hohem Niveau. Das Gericht verzeichnete 7702 Eingänge (2013: 7918) und erledigte 7563 Fälle (2013: 7876). Die Pendenzen stiegen gegenüber dem Vorjahr leicht an, auf 2650 Fälle (2013: 2511).

Nationaler Innovationspark

Der Nationalrat hat am Montagabend die Beratungen über den nationalen Innovationspark aufgenommen. Hauptstandorte sind Dübendorf und Lausanne. Der Bund soll dazu eine Bürgerschaft gewähren und Land im Baurecht abgeben. Ausser der SVP, die einen Antrag auf Nichteintreten stellt, sind alle Fraktionen für das Projekt. Die Debatte wird am Dienstag weitergeführt.

For./sda

Grösstes Potenzial in kleinen Agglomerationen

Das Bundesamt für Strassen analysiert Aufkommen und Chancen des Veloverkehrs

Wo die Wege kurz sind und das Land flach ist, wird am meisten Velo gefahren. Luft nach oben besteht für dieses Verkehrsmittel überall. Sein Potenzial aber ist relativ, und der Plafond seines Anteils am Gesamtverkehr dürfte bei 20 Prozent liegen.

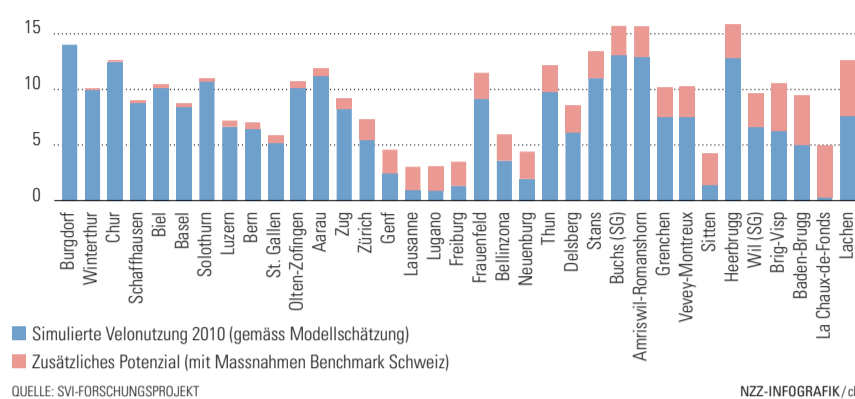
P. S. · Über das Potenzial des Velos als platzsparendes und umweltfreundliches Verkehrsmittel wird landauf, landab diskutiert – nicht nur in der Stadt Zürich, wo die Stimmenden am Wochenende über zwei Vorlagen für bauliche Massnahmen zu befinden haben. Am Montag hat das Bundesamt für Strassen die Synthese eines von der Vereinigung der Verkehrsingenieure und Verkehrsexperten (SVI) lancierten Forschungsprojekts publiziert, das Aufschluss über die Rolle und das Potenzial des Velos im Agglomerationsverkehr geben soll.

Sprache und Schnee

Ausgangsbasis waren die Erhebungen des Mikrozensus 2010, in dem unter anderem ermittelt wurde, welchen Anteil das Fahrrad an den zurückgelegten Etappen im Verkehr hat. Daraus geht wenig überraschend hervor, dass das Velo dort punktet, wo die Wege kurz sind (77 Prozent der Velo-Etappen gehen über drei Kilometer nicht hinaus)

Velonutzung und Potenzial in Schweizer Agglomerationen

Velo-Anteil am Verkehr in % der Etappen



QUELLE: SVI-FORSCHUNGSPROJEKT

NZZ-INFOGRAFIK/cik.

und das Land flach ist. Zudem bestehen unabhängig davon Unterschiede zwischen deutschsprachiger und lateinischer Schweiz: Wo man deutsch spricht, wird mehr in die Pedalen getreten.

Spitzenreiter mit Anteilen von zehn oder mehr Prozent sind denn auch kleinstädtische Agglomerationen diesseits des Röstigrabens, die sonst kaum je schweizweite Ranglisten anführen: Burgdorf oder Heerbrugg zum Beispiel. Als einzige grössere Agglomeration erreicht Winterthur ansatzweise einen solchen Wert (vergleiche die blauen Balken der Grafik).

Aus qualitativen und quantitativen Analysen sowie aus Gesprächen haben die Verfasser des 143-seitigen Papiers

Einflussfaktoren und Potenziale in 35 Schweizer Agglomerationen herausgearbeitet. Als fördernde oder hemmende Einflussfaktoren abgesehen von (sprach-)kulturellen Unterschieden identifizieren sie auch Witterungsverhältnisse (Schnee bremsst die Velos zum Beispiel in La Chaux-de-Fonds, wo sie ein Mauerblümchendasein fristen), die Verkehrspolitik sowie natürlich den Vergleich der Reisezeiten mit anderen Verkehrsmitteln.

Rund 60 Prozent der Unterschiede in der Benützung des Velos zwischen den verschiedenen Agglomerationen seien auf Faktoren ausserhalb des Verkehrssystems zurückzuführen, heisst es in der Synthese. Mit in der Schweiz gängigen

Fördermassnahmen (zum Beispiel sicheren Abstellplätzen) liessen sich in kleinen Agglomerationen Verkehrsanteile bis zu 15 Prozent erreichen: Wo dieses Potenzial aber ausgeschöpft ist, lässt es sich auf den hierzulande üblichen Wegen kaum noch steigern. In den grossen Agglomerationen halten die Forscher unter diesen Prämissen Anteile von zwischen 5 und 10 Prozent für realistisch (rote Balken der Grafik).

Blick über den Zaun

Sollten Velos eine noch grössere Rolle im schweizerischen Verkehrsgeschehen spielen, brauchte es Massnahmen, die über das bisher Übliche hinausreichen: Topografische oder witterungsbedingte Hindernisse liessen sich nach Einschätzung der Studienautoren durch die Förderung von Elektrovelos oder auch auf sie zugeschnittenen Winterdienst abbauen. Auf diesem Weg halten sie in kleinen Agglomerationen Velo-Anteile von gegen 20 Prozent für möglich.

Ebenfalls Rückenwind würden den Velos bauliche Fördermassnahmen beschern, die in der Schweiz bis anhin noch nicht zum Repertoire gehören: spezifische Schnell-Wege oder «grüne Wellen» zum Beispiel. Benchmark wären dann nicht mehr helvetische «Musterknaben», sondern «Leuchttürme» jenseits der Landesgrenze – zum Beispiel Städte in den Niederlanden, in Deutschland oder in Dänemark.

NDB prüft Spionageverdacht

Abklärungen wegen deutscher Operation Eikonal

hü. Bern · Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) versucht, Licht in eine mutmassliche Spionageaktion des deutschen Geheimdienstes zu bringen. «Zurzeit sind Abklärungen im Gang, um Verbindungen zu unserem Land zu prüfen», schreibt der Bundesrat in den Antworten auf Fragen von Balthasar Glättli (gp., Zürich) im Nationalrat.

Ende Mai sind Dokumente aufgetaucht, die nahelegen, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) im Rahmen der Operation Eikonal auch Datenleitungen aus der Schweiz angezapft haben könnte (NZZ 28. 5. 15). Mehrere andere Länder, darunter Österreich und die Niederlande, haben von Deutschland wegen der neu aufgetauchten Indizien Erklärungen gefordert. Ob auch die Schweiz Massnahmen ergreife, hänge «vom Ergebnis vertiefter Abklärungen über die Operation Eikonal ab», hält der Bundesrat nun fest. Derzeit lägen dem NDB keine Informationen vor, dass gezielt Daten aus der Schweiz oder über die Schweiz abgefangen worden seien. Sogar wenn Kommunikationsleitungen aus der Schweiz in benachbarten Ländern überwacht würden, müsse sich die Spionage

nicht zwingend gegen Schweizer Ziele richten, hält der Bundesrat fest. Denn internationale Transitleitungen übertragen auch Daten von weiter entfernten Teilnehmern. Jedenfalls sei der NDB bei der Operation Eikonal «in keiner Art und Weise impliziert», betont der Bundesrat. Trotzdem ist die Affäre für die Schweiz ungemütlich, da man davon ausgehen muss, dass der deutsche Geheimdienst einer der wichtigsten Partner des NDB ist.

In seinen Fragen geht Glättli davon aus, dass namentlich das internationale Genf ein Ziel der ausländischen Spionage sein dürfte. Er fragt den Bundesrat daher an, ob er bereit sei, die internationalen Organisationen «besser zu schützen». Der Bundesrat weist in seiner Antwort nun darauf hin, dass dem NDB gemäss dem heutigen Gesetz «nur begrenzte rechtliche und personelle Mittel zur Verfügung» stünden. Vom neuen Nachrichtendienst, über den derzeit im Parlament debattiert wird, verspricht sich der Bundesrat hier eine wesentliche Verbesserung. Diese Antwort entbehrt nicht einer gewissen Ironie, da just Glättlis Grüne Partei das neue Nachrichtendienstgesetz bekämpft.

Heikler Zustupf an israelische NGO

Unterstützung durch das EDA

maa. Bern · Der Bundesrat hat sich am Montag zum Beitrag von 15 000 Franken an die Ausstellung der israelischen Nichtregierungsorganisation «Breaking the Silence» in Zürich (NZZ 4. 6. 15) geäussert. In der Fragestunde des Nationalrats wollte Hans Fehr (svp., Zürich) wissen, ob das Aussendepartement (EDA) «von allen guten Geistern verlassen» sei, zumal es die Organisation 2012 bis 2016 mit insgesamt 158 000 Dollar unterstützte. Laut der Antwort des Bundesrats ist eine bessere Achtung des Völkerrechts durch alle beteiligten Parteien eine Voraussetzung für den Frieden zwischen Israel und Palästinensern. Die Schweiz unterstütze weltweit viele Organisationen, die sich der Stärkung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts widmeten.

«Breaking the Silence», eine Organisation ehemaliger Soldaten, prangert regelmässig Menschenrechtsverletzungen bei israelischen Armeeeinsätzen an. Der Bundesrat teilte weiter mit, das EDA habe Israels Botschafter Yigal Caspi zu einem vertieften Gespräch eingeladen. Caspi hatte letzte Woche gegen den Schweizer Beitrag protestiert.

Goldmünzen falsch deklariert

Strafanzeige gegen Zuger Firma

hü. Bern · Eine in Zug domizilierte Firma vertreibt Gold- und Silbermünzen mit der Aufschrift «Schweizerische Eidgenossenschaft», die mit der Eidgenossenschaft nichts zu tun haben. Der Bund hat nun bei der Zuger Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen die Firma Swiss Bullion Corp. eingereicht. Das hat Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf in der Fragestunde des Nationalrats bekanntgegeben.

Laut Widmer-Schlumpfs Ausführungen dürften die Münzen gegen das Wappenschutzgesetz verstossen. Gemäss diesem dürfe das Wort «Eidgenossenschaft» nicht benutzt werden, wenn damit eine amtliche Beziehung der Eidgenossenschaft zum Benutzer, zum Hersteller oder zum Vertreter eines Produktes vorgetäuscht werde, sagte Widmer-Schlumpf. Der Bund habe der Zuger Firma keine Ermächtigung zur Benutzung des Wortes «Eidgenossenschaft» erteilt. Die Gold- und Silbermünzen sind laut Angaben der Firma je eine Feinunze (31,1 Gramm) schwer. Auf ihrer Vorderseite steht in fünf Sprachen «Schweizerische Eidgenossenschaft».

Ungerechte Rekrutierung

Studie zur Personalauswahl in der Bundesverwaltung

msc. · Mitte März hat der Bundesrat den Evaluationsbericht zur Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung veröffentlicht. Erstmals wurden die Zahlen der verschiedenen Sprachgemeinschaften nach Bundesämtern und Lohnklassen aufgeschlüsselt. Es zeigte sich: Die Kaderstellen beim Bund sind fest in Deutschschweizer Hand. Je höher die Lohnklasse und je grösser der Einfluss, desto weniger Lateiner.

Das Kompetenzzentrum für Mehrsprachigkeit an der Universität Freiburg und das Zentrum für Demokratie in Aarau haben nun die Gründe dafür untersucht. Es sei die erste wissenschaftliche Analyse der Personalrekrutierung in der Bundesverwaltung, heisst es in einer Mitteilung vom Montag. Die Verantwortlichen für die Rekrutierung seien in einem Spannungsfeld zwischen

Ideal und Praxis: Trotz einer nicht diskriminierenden Stellenausschreibung sei der Rekrutierungsprozess von der Erfahrung einer primär deutschsprachigen Verwaltung geprägt. Die Dossierpräsentation von deutschsprachigen Bewerbern werde tendenziell bevorzugt. Auch im Bewerbungsgespräch seien die Deutschsprachigen im Vorteil. Dies deshalb, weil französisch- und italienischsprachige Bewerber häufiger mit Deutsch konfrontiert sind als Deutschsprachige mit Französisch oder Italienisch. In Vorstellungsgesprächen brauche es vergleichbare Bedingungen für alle Sprachgruppen, sagen die Forscher. Besondere Anstrengungen seien nötig, um zu einer Gleichstellung des Italienischen zu kommen. Die Italienischkompetenzen der übrigen Bundesangestellten seien zu erhöhen.

IN KÜRZE

Kick-back-Zahlungen bei Ärzten

(sda) · Dass Ärzte, die Patienten einem Spital oder einem Spezialisten überweisen, als Gegenleistung sogenannte Kick-back-Zahlungen erhalten, ist dem Bundesrat zwar nicht bekannt. Dennoch will er das Thema mit den Krankenkassen und dem Ärzteverband FMH weiterverfolgen. Das schreibt der Bundesrat in seiner Antwort auf verschiedene Vorstösse aus dem Nationalrat.

Bundesrat will Allergikern helfen

(sda) · Auf Medikamenten-Packungen sollen sämtliche Wirkstoffe und Hilfsstoffe deklariert sein. Der Bundesrat beabsichtigt, die freiwillige Volldeklaration für obligatorisch zu erklären. Dies kündigt er in einer Antwort auf eine Motion von FDP-Nationalrat Ignazio Cassis an. Dieser fordert, dass Hilfsstoffe, die häufig Allergien verursachen, deklariert werden müssen – insbesondere Laktose.

Geld für Geothermie-Projekt

(sda) · Die nationale Netzgesellschaft Swissgrid zahlt der Stadt St. Gallen 18,2 Millionen Franken an das gescheiterte Geothermie-Projekt. Diese gesetzlich vorgesehene Geothermie-Risikodeckung entspricht 50 Prozent der «anrechenbaren Bohr- und Testkosten» und wird aus dem von den Stromkunden geöffneten Fonds für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) finanziert.

Rohmilchkäse weniger hygienisch

(sda) · Die meisten in der Schweiz verkauften Käse sind von guter Qualität. Allerdings erfüllen 9 Prozent aller Produkte die gesetzlichen Hygieneanforderungen nicht, wie eine letztes Jahr durchgeführte Qualitätskontrolle der Kantonschemiker zeigt. Käse aus Rohmilchschneidern wird mit Käse aus hitzebehandelter Milch schlechter ab, schreibt der Verband der Kantonschemiker.